

Kein Bund fürs Leben

Der Parteienforscher Ulrich von Alemann glaubt, dass es künftig auf Bundesebene zu bislang undenkbareren Koalitionen kommen wird

Von Christian Lauenstein

München - Franz Josef Strauß würde sich bei so einem Satz vermutlich im Grabe umdrehen: „Wir werden uns an neue Bündnisse in der Politik gewöhnen müssen.“ CSU und Grüne? FDP und Linke? Oder alle vier gemeinsam? Solche Vorhersagen will zwar auch Ulrich von Alemann nicht wagen. Aber der Politikwissenschaftler ist überzeugt: „Alles ist möglich, auch wenn es derzeit politisch noch nicht durchsetzbar ist. In einem First-Past-the-Post-System geht es gar nicht anders.“

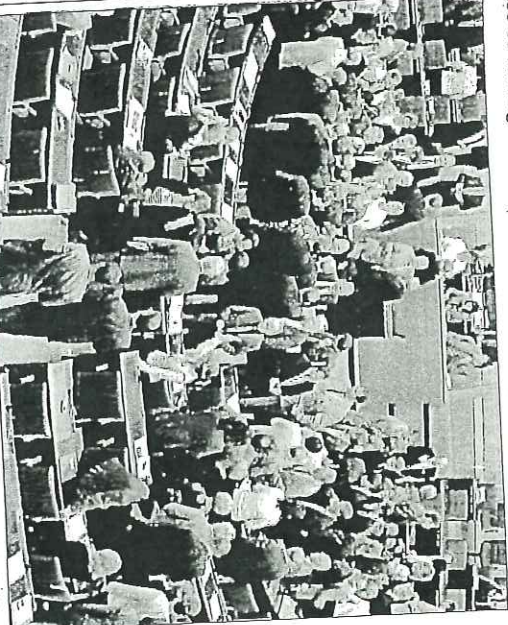
MÜNCHNER SEMINARE

Diesen Worten kann man trauen, denn Ulrich von Alemann gilt als einer der renommiertesten deutschen Parteienforscher. Auf Einladung der Süddeutschen Zeitung und der CSU-Sto-Gruppe sprach er bei den Münchner Seminaren über die neuesten Entwicklungen in der deutschen Parteienlandschaft. Einen Abgang auf die Parteien hielt er dabei nicht. Auch über die hausgemachten Probleme einer Parteiendemokratie verlor er kein schlechtes Wort. Im Gegenteil. Der Professor aus Düsseldorf bekannte sich als

„kritischer Freund des Systems“, es gebe in Deutschland keine Alternative. „Parteien werden als Rekrutierungsorgan für politische Entscheidungsträger auch in Zukunft existieren, daran habe ich keinen Zweifel“, so der Wissenschaftler.

Doch der Wandel in der Gesellschaft werde die Parteien zwingen, über bestehende Strukturen und Positionen nachdenken. Die Bindung der Wählerentscheidung an Ideologien gehe weiter zurück. „Der frühere Wahlspruch von Franz Josef Strauß, Prehail oder Sozialismus, würde heute nicht mehr funktionieren“, sagt Alemann. Das Stimmverhalten der Wähler sei wechsellagerter und unberechenbarer geworden. „Aus demokratischer Sicht ist das zwar nicht zu beanstanden.“ Aber insbesondere die Volksparteien hätten unter dieser Entwicklung zu leiden.

In den sechziger Jahren waren die Ergebnisse von CDU/CSU und SPD bei Bundestagswahlen noch atemberaubend, etwa 90 Prozent der Stimmen entfielen auf diese Parteien. Heute liegt der Wert bei 70 Prozent, Tendenz fallend. „Die Rückkehr in alte Machtverhältnisse erscheint mir sehr unwahrscheinlich“, sagt Ulrich von Alemann. Die neue Stimmverteilung stelle die Parteien nun vor große Herausforderungen.



Abstimmung im Bundestag: Wo früher nur drei Parteien mitzureden hatten, sind es jetzt fünf, und auch die Wähler seien unberechenbarer und wechselhafter geworden, sagt Ulrich von Alemann (kleines Bild).



CDU und CSU vertragen zwar laut Alemann „über beste Chancen, nach der Wahl wieder stärkste Kraft zu werden“. Doch die Union habe ein Problem mit ihrer Bündnisfähigkeit, denn der Wunschpartner FDP dürfte vermutlich nicht zu einer Regierungsmehrheit verhelfen. Alle anderen Konstellationen gäben als politisch nicht ideal. Die SPD hingegen laide un-
bernehmlich verschwommenen Profil, das Thema der sozialen Gerechtigkeit finde sich inzwischen in allen Parteiprogrammen. Hinzu kommt: „Die SPD ist zwar blind, aber faktisch hat auch sie ein Problem“, sagt der Parteienforscher. Das „Nein“ gegenüber den Linken schränke auch die SPD bei der Bildung einer Regierung ein.

Über die Kleinen Parteien, eine Umverteilung im bürgerlichen Lager komme der FDP zugute, „die Linke stammte vom Fleisch der Sozialdemokratie“. Überhaupt habe die Linke eine politische Marktlücke entdeckt und sei ein Beweis für die Adaptionsfähigkeit des Parteiensystems. „FDP, Grüne und Linke profitieren vor allem davon, dass sie Themen eindeutiger besetzen können“, sagt Alemann. „Der Wähler hängt zwar nicht mehr an Ideologien, aber er braucht eine politische Orientierung. Die Volksparteien sind bei vielen Themen zu austauschbar geworden.“ Neue Bündnisse seien deshalb in Zukunft zwingend. Nach Erkenntnissen der Bundestagswahl werden Schwarz/Gelb noch Rot/Grün eine absolute Mehrheit erreichen.

Geschenke vor der Wahl

Der Parteienforscher sprach auch über die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf die Bundestagswahl. Derzeit habe es so aus, dass die Krise den Bürger noch vor den Wahlen spürbar erreiche. „Neuen vielen Wahlgeschenken wird dann die SPD zu alten Staatsräubern werden, ebenso die CDU“, glaubt Alemann. Grundsatzwahl sei an der sozialen Marktwirtschaft halt er jedoch nicht für berechtigt. Es gehe nicht um die Frage: Markt oder Staat? Es gehe allem um die Entscheidung, ob in Zukunft mehr oder weniger reguliert wird.

Die Münchner Seminare sind eine Gemeinschaftsveranstaltung der CSU-Sto-Group und der Süddeutschen Zeitung, gefördert durch die BMW Niederlassung München. Nähere Informationen im Internet: www.csufo-group.de/mucsem

Süddeutsche Zeitung, 06.05.2003